



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

VI/225 - 27.9.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Europäische Integration oder deutsche Souveränität	S.1
Frankreich wünscht keinen Europapapß	S.3
<u>Der Bundestag zur gesamtdeutschen Frage</u>	S.5

Souveräne Verfälschung der Wahrheit

(sp) Es ist durchaus einleuchtend, daß die Bundesregierung, nachdem die von den Washingtoner Beschlüssen erhoffte Wirkung in der deutschen Öffentlichkeit völlig verpufft ist, propagandistische Attrappen aufstellt, die das vortäuschen sollen, was die Sache nicht hergibt. Das Schlagwort von der "europäischen Integration" muß der Fanfare von der "Wiederherstellung der deutschen Souveränität" weichen. Die Begriffe sind im Grunde unvereinbar. Einmal wird die Einbeziehung der Bundesrepublik in ein resteuropäisches Trabantensystem Frankreichs als letzte Rettung vor dem Untergang gepriesen, dann wieder die deutsche Staatsherrlichkeit als bevorstehender Erfolg dieser genialen Außenpolitik in Aussicht gestellt.

Was die "Integration" angeht, so verschweigt man geflissentlich, daß sie, unabhängig von den Vorbehalten der Besatzungsmächte, den Verzicht auf Souveränitätsrechte einschließen würde, die die übrigen Teilnehmer keineswegs aufzugeben gedenken. Es mag vernünftig und gut sein, wenn sich die europäischen Staaten der historischen Souveränität entäußern. Man soll aber nicht von Gleichberechtigung reden, wenn der Bundesrepublik die Beteiligung an supranationalen Entscheidungsinstanzen vorenthalten bleibt, in denen alle übrigen Staaten vertreten sind.

Ein solches Verhalten ist einfach die souveräne Verfälschung der schlichten Wahrheit, daß die Bundesrepublik in keiner Weise eine Souveränität erhält.

Zur gleichen Stunde, da der Sprecher der Bundesregierung verkündete, daß sich der Bundeskanzler mit den Regierungen der Westmächte bereits vor der Washingtoner Konferenz über die Vorbehalte geeinigt habe, die den Besatzungsmächten auch nach Abschluß der geplanten Verträge verbleiben, verkündete der offizielle Pressedienst der CDU/CSU die Wiedergewinnung der deutschen Souveränität als wichtigstes politisches Ziel. Die Verfälschung der Wahrheit konnte nicht deutlicher gemacht werden als durch den Satz: "Man ist sich in Washington, Paris und London darüber klar, daß diese (alliierten) Sonderrechte der Bundesrepublik nicht auferlegt werden können, sondern daß man sie nur effektiv machen kann in echten zweiseitigen Verträgen, die das Interesse beider Partner berücksichtigen".

Gewiß wird viel von den juristischen Formeln abhängen, die man für die vertragliche Fixierung der zwischen Bundeskanzler und Alliierten getroffenen Abmachung findet. Als politischer Tatbestand liegt aber bereits fest, daß die drei Besatzungsmächte Träger der obersten Staatsgewalt bleiben, die sie aufgrund der bedingungslosen Kapitulation übernommen hatten. Es ist bereits vor der Außenminister-Konferenz von alliierter Seite ausdrücklich erklärt worden, die Bundesrepublik dürfe keine Souveränitätsrechte erhalten, die Verhandlungen über Deutschland auf der Viererbasis ausschließen. Daran hatte gerade Frankreich ein besonderes Interesse.

Inwieweit die Erhaltung solcher Möglichkeiten auch vom deutschen Standpunkt aus zu begrüßen ist - etwa im Hinblick auf den Friedensvertrag - soll hier nicht untersucht werden. Wichtig ist, daß der alliierte Vorbehalt hinsichtlich gesamtdeutscher Angelegenheiten, vertraglich festgelegt, auf diesem Gebiet überhaupt keine deutsche Initiative mehr zulassen wird. Wichtig ist, daß die Alliierten mit dem Recht auf ein Eingreifen im Falle einer Bedrohung der Demokratie praktisch das Heft völlig in der Hand behalten. "Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet". Diesen seltsam aktuell anmutenden Satz schrieb Carl Schmitt in seiner "Erinnerungsgabe für Max Weber" im Jahre 1923 nieder. Da diese Entscheidung von den Alliierten ganz allein in Anspruch genommen wird, kann von deutscher Souveränität überhaupt keine Rede sein.

Paris: Kohle und Soldaten - j a ; Jugendpaß - n e i n !

Von Dr. Karl Mommer, MdB,
Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats

Es herrscht in Paris eine erstaunliche Aktivität und Produktivität in europäischen Dingen. Nachdem die Föderation Europas sich als unmöglich erwies, hat man sich auf den Behelfsweg der Sonderbehörden begeben. Es wird eine Kohle-Stahl-Union, eine Agrar- und eine Verkehrs-Union vorgeschlagen. Die europäische Armee ist noch im Beratungsstadium und schon wartet Außenminister Schuman mit einem neuen Plan für die Schaffung einer europäischen außenpolitischen Behörde auf. Das Charakteristische für die wichtigsten dieser Pläne ist, daß sie den Zweck haben, die Fortsetzung der zu Ende gehenden Besatzungspolitik mit anderen Mitteln zu ermöglichen.

Wir vermissen bei dieser fieberhaften europäischen Tätigkeit Projekte, in denen sich die Begeisterung auch dann erhielte, wenn einmal nicht Deutschland derjenige wäre, der den Großteil der Kosten zu tragen hat. Wie steht es mit Plänen, bei denen Gewinn und Verlust nicht so einseitig zu Gunsten Frankreichs verteilt werden? Frankreich könnte vor allem e i n e große Tat für Europas Einigung vollbringen. Es könnte die antieuropäischste und antidemokratischste Tatsache Westeuropas aus der Welt schaffen, indem es das französische Protektorat über das deutsche Saarland aufgäbe.

Als die SPD-Fraktion vor Monaten im Bundestag einen Antrag einstimmig zur Annahme brachte, die Bundesregierung solle den demokratischen Staaten Europas anbieten, den Visumzwang für ihre Staatsangehörigen aufzuheben, sagte der Sprecher der Fraktion, es werde sehr interessant sein zu sehen, wie insbesondere die europabegeisterten Franzosen auf dieses Angebot reagieren würden. Jetzt liegt das Ergebnis der Verhandlungen vor: es ist negativ. Dann fanden Verhandlungen über den sogenannten Jugendpaß statt, über den Adenauer mit Schuman persönlich gesprochen hatte. Er verfolgt das gleiche Ziel in bescheidenerem Umfang. Die europabegeisterte

Jugend der beiden Länder sollte ohne lästige Visumförmlichkeiten und zusätzliche Kosten reisen und sich kennenlernen können. In den Verhandlungen wollte Frankreich die gute Idee zum Gespött machen, indem es vorschlug, zwar einen Paß mit dem Aufdruck "Jugendpaß" zu machen, den Visumzwang aber beizubehalten. Die deutschen Verhandlungspartner lehnten daraufhin dankend ab.

Wie wenig der Geist sich da im europäischen Sinne gewandelt hat, wo für Frankreich keine Kohle und keine Soldaten zu gewinnen sind, soll noch mit zwei Einzelbeispielen belegt werden: Den deutschen Mitgliedern der Beratenden Versammlung des Europarats ist es bisher nicht gelungen, den Visumzwang wenigstens einmal für die Delegierten abzuschaffen. Sie haben dienstlich in Straßburg zu tun. Der Verfasser ist jedoch bei seinem sechsten Visum in vierzehn Monaten angelangt. - Ein anderer Fall: eine Frankfurter Mädchenschulklasse wollte im Juli für wenige Stunden Straßburg besuchen. Da steht auch das Europahaus, der Sitz des Europarats, das u.a. auch mit deutschen Beiträgen gebaut wurde. Auf dem Konsulat hatte man dem Klassenlehrer gesagt, er bekomme die nötigen Papiere am Grenzübergang. Dort angekommen wurden diese, trotz telefonischer Rücksprache bei dem Präfekten von Straßburg, verweigert. Der Autobus mußte mit den furchtbar enttäuschten Mädchen wieder abfahren. Es bleibt dabei, nur eine Kategorie von Deutschen kommt ohne Visum und sogar ohne Paß über die Grenze: die angehenden Fremdenlegionäre.

Nicht nur jene Frankfurter Mädchen sind enttäuscht. Die ganze deutsche Jugend wird enttäuscht sein, wenn wir sie darüber aufklären, wie unterschiedlich das Pariser Urteil über ihre europäische Annehmbarkeit ist, je nachdem ob sie als letztlich von Frankreich kommandierte Soldaten oder als vom Visumzwang zu befreiende Besucher des Straßburger Münsters und Europahauses auftreten.

E u r o p a ? Ja und dreimal ja; aber fair, ehrlich, mit gleichem Gewinn und Verlust für a l l e und ohne die Diskriminierung, die in der hier aufgezeigten Haltung zum Ausdruck kommt.

Bundestag einer Meinung

(sp) Das Bemühen, die verantwortlichen Stellen in Karlshorst auf das kürzliche Angebot des sowjetischen Ministerpräsidenten Grotewohl festzulegen, mit all' den Konsequenzen, die sich daraus ergeben, ist durch die Donnerstag-Sitzung des Bundestages einen guten Schritt vorwärts gekommen. Das westdeutsche Parlament bot in dieser Frage ein politisch erfreulich geschlossenes Bild - die KP kann als eine, nach ihrer ganzen Konstruktion und vor allem ihrer Führung, nichtdeutsche Partei ohne weiteres hierbei ausgenommen werden.

Die Einigkeit in allen Grundsatzfragen kam nicht in einer gemeinsamen Erklärung zum Ausdruck, sondern darin, daß sämtliche Parteien, nur mit Ausnahme der eben erwähnten, der KP, sich für die Regierungserklärung wie für die beiden sozialdemokratischen Anträge zum gleichen Gegenstand einsetzten. Der Sozialdemokratie war ihre Zustimmung zu der Regierungserklärung in der Sache dadurch leicht gemacht, daß tatsächlich keine nennenswerten Unterschiede zwischen ihrer eigenen, in den Anträgen niedergelegten Auffassung, und der Ansicht der Regierung bestanden, daß vielmehr die Regierungserklärung wesentliche Elemente der sozialdemokratischen Vorstellungen zu diesem ganzen Gegenstand in einem Umfang enthält, wie das in früheren Beratungsstadien nicht annähernd der Fall gewesen ist.

Das gilt vor allem für die 9 Punkte der Regierungserklärung, die sich mit den einzelnen Voraussetzungen für die freien Wahlen befassen. Die Anträge der SPD sind somit praktisch eine Ergänzung und Konkretisierung der Gedanken und Forderungen in der Regierungserklärung. Zum Teil gehen sie aber auch darüber hinaus bzw. akzentuieren sie schärfer, wie z.B. bei der näheren Ausführung des Vorschlages Berlin als "Anfang der Verwirklichung der deutschen Einheit" zu betrachten, wie in dem Punkt der feststellt, daß die zu wählende Nationalversammlung die Eigenschaften eines souveränen Parlamentes erhalten müsse mit allen ihm zustehenden Funktionen.

So ist auf der Basis gemeinsamer Grundauffassungen die Möglichkeit geschaffen worden, sehr schnell das ganze Problem praktisch anzufassen. Unmittelbar nach der Beratung im Plenum trat dann auch bereits der Ausschuß für gesamtdeutsche Fragen zusammen, um sich mit den ersten konkreten Schritten, die nun notwendig werden, zu befassen.

Recht bezeichnend war - am Rande - was Reimann vorlas. Er lehnte alle Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen ab, womit nicht gesagt ist, daß dieser, augenblicklich von den Kommunisten vielleicht als taktisch notwendig empfundene Schachzug für die Dauer Geltung haben wird. Im übrigen war seine Stellungnahme von vornherein recht unhinterossant, weil er, bzw. die westdeutsche KP in dieser ganzen Auseinandersetzung ein minimal bedeutsamer Faktor ist.

Verantwortlich: Peter Raunau